

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 8

Rubrik: Wehrpolitische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

es mit besonderer Sorgfalt und unter großen Geldopfern verwaltet. Sie bilden das unerläßliche Bindeglied zwischen seinen Kolonien Französisch-Ostafrika und Französisch-Westafrika. Die Hypothese ihrer Rückgabe an Deutschland könnte nicht ernstlich in Erwägung gezogen werden. Es scheint übrigens kaum möglich, daß Deutschland bei dieser Gelegenheit Zwang anwenden könnte, ohne einen allgemeinen Krieg zu entfachen; und ein Gewaltstreich in Afrika selber ließe sich nur von Seiten einer Nation ausführen, die über eine mächtige Marine verfügt, was beim Reich nicht der Fall ist, das sich bis heute an die Klauseln des Flottenabkommens mit London gehalten hat.

Herr Chamberlain und Lord Halifax sollen vom 23. bis zum 25. November die Gäste von Paris sein. Werden sie mit Herrn Daladier und Herrn Bonnet die Frage der deutschen Kolonien prüfen? Man weiß es nicht, aber soviel ist sicher, daß jede Anspielung auf Rückerstattung von Togo und Kamerun ans Reich in der öffentlichen Meinung Frankreichs auf den schärfsten Widerstand stoßen würde.

Zum Abschluß unserer Betrachtung des französisch-deutschen Problems muß noch ganz klar gesagt werden, daß die Beziehungen durch den heftigen Ausbruch von Antisemitismus, der der Ermordung eines deutschen Gesandtschaftssekretärs durch einen jungen polnischen Juden in Paris folgte, keine Erleichterung erfahren haben. Das Verbrechen ist selbstverständlich zu verurteilen; Repressalien gegenüber Unschuldigen rechtfertigt es hingegen keineswegs.

Man blickt hier insgedessen nicht mit Optimismus in die Zukunft und sieht auch keine Möglichkeit für eine Einschränkung der Rüstungen. Im Gegenteil beabsichtigt Frankreich, seine militärischen Vorbereitungen nach Kräften zu fördern. Die große Hoffnung auf eine Entspannung, die die Besprechungen von München begleitete und ihnen folgte, schwindet mehr und mehr. Und darum rafft Frankreich sich auf; es geht eine Arbeit in seinen Tiefen vor, deren Resultate wahrscheinlich nicht rasch sichtbar werden können. Vor der Gefahr von außen, die nicht weichen will, rücken nach und nach die Parteistreitigkeiten in die zweite Linie. Die offene Frage bleibt die, wie es einem Lande von 42 Millionen Einwohnern möglich sein wird, frei neben dem andern Land mit fast doppelter Bevölkerungszahl zu leben, dem Land, dessen Dynamik mächtig, dessen Disziplin bewundernswert ist, und dessen Ansprüche wenig Grenzen kennen. Immer deutlicher geht es für Frankreich um Sein oder Nichtsein.

Paris, den 16. November 1938.

A. D. Tolédano.

Wehrpolitische Rundschau

Um die Verstärkung der Landesverteidigung.

Bei der zunehmenden Zuspitzung der tschechoslowakischen Krise sahen sich auch die schweizerischen Behörden vor die Frage gestellt, ob eine vorsorgliche Mobilmachung unserer Armee notwendig sei. Auf Grund zuverlässiger Nachrichten gewannen jedoch die militärischen und politischen Stellen die Überzeugung, daß unseren Grenzen keine Gefahr drohe und ließen sich nicht beeinflussen von der Nervosität, die weite Kreise der Bevölkerung zu der Forderung eines Truppenaufgebotes veranlaßten. Die Bundesbehörden bewahrten allem Drängen gegenüber ruhiges Blut und behielten damit auch recht, indem im Augenblick, als die Lage am kritischsten und ein Krieg schon wahrscheinlich war, der Zusammentritt der vier Großmächte in München plötzlich die Entspannung brachte und jedes Aufgebot

unsererseits unnötig machte. Die Schweiz durfte sich ein so langes Zuwarten umso eher gestatten, als nahezu die gesamte Armee bis zu jenem Zeitpunkt bereits nach der neuen Truppenordnung zum Wiederholungskurs mobilisiert hatte und also ein Bedürfnis nach einer Probemobilmachung nicht mehr bestand. Die Lage wäre für uns wesentlich anders gewesen, wenn sich diese ernste Krise schon im Frühling ereignet hätte, vor der Mehrzahl der diesjährigen Wiederholungskurse. Ende September aber war die vorübergehende Schwäche, die eine so grundlegende organisatorische Änderung bedeutet, weitgehend überwunden, und die Übergangsschwierigkeiten waren größtenteils behoben, sodaß sich die Behörden auf die rasche Mobilmachung der Armee verlassen konnten. Die vorsorglichen Maßnahmen der Schweiz beschränkten sich daher auf die Ladung der Sprengkammern in den zur Zerstörung vorbereiteten Objekten der Grenzzone und auf eine weitgehende Vorbereitung der Mobilmachung. Daß uns diese selbst erspart blieb, verdanken wir dem diesmal ausgezeichnet informierten militärischen und diplomatischen Nachrichtendienst und der Kaltblütigkeit unserer Behörden. Als bleibende Frucht der Septemberkrise bleiben uns die Sprengladungen in den wichtigeren Zerstörungsobjekten, wodurch unsere Bereitschaft gegenüber einer überfallartigen Kriegseröffnung erhöht wird.

Die durch verschiedene Verständigungsbemühungen zwischen den Großmächten unterstrichene Entspannung der europäischen Lage darf uns freilich nicht aufhalten im konsequenten und zielbewußten Ausbau unserer Landesverteidigung, der noch manche Jahre in Anspruch nehmen wird und, unabhängig von Schwankungen der außenpolitischen Lage, nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Die Nachwirkungen der Ende September hervorgerufenen Stimmung äußerte sich in der kurzen Novembersession der eidgenössischen Räte u. a. in nicht weniger als neun verschiedenen Interpellationen, Motionen und Postulaten, die im Nationalrat und Ständerat über den Stand der Landesverteidigung und ihren weiteren Ausbau eingebracht wurden. Man kann sich leider des Eindrucks nicht erwehren, daß nicht allein die Sorge um unsere Wehrbereitschaft hinter diesem parlamentarischen Massenaufmarsch stand, sondern daß zum Teil auch rein politische Gründe und Erwägungen einzelnen Anfragen und Forderungen zu Gebatte standen. Parteien und Politiker haben die Popularität jeglicher militärischen Forderungen erkannt und lassen sich deshalb keine Gelegenheit entgehen, von den Behörden immer mehr zu verlangen für unsere Wehr. So ist es denn in den eidgenössischen Räten zu einem eigentlichen parteipolitischen Wettrennen in militärischen Forderungen gekommen, das mit echter Wehrhaftigkeit freilich wenig zu tun hat. Bundesrat Minger erhielt dadurch in beiden Räten Gelegenheit zu einer ausführlichen Antwort über den Stand unserer Kriegsbereitschaft, über die Gründe der Unterlassung eines Aufgebotes im September und über den geplanten weiteren Ausbau unserer Wehr.

Aus der Kritik am heutigen Stand der Landesverteidigung, den Ausführungen von Bundesrat Minger und einer Presseorientierung durch die Generalstabsabteilung erhält man übereinstimmend den Eindruck, daß das Hauptgewicht der Maßnahmen und Forderungen heute auf materiellem und organisatorischem Gebiet liegt, während Fragen der Ausbildung und Führung zurücktreten und nicht voll die ihnen gebührende Aufmerksamkeit finden. Die Wehrfreudigkeit des Volkes und der Parteien ist eben vorwiegend materialistisch eingestellt, was sich ohne weiteres auf die Maßnahmen der Behörden abfärbt, die eben zuerst die lautesten Schreier zu befriedigen suchen. Nun muß freilich zugegeben werden, daß die bisher getroffenen Maßnahmen zur Verstärkung der materiellen Wehrbereitschaft, die im großen Arbeitsbeschaffungsprogramm für die nächsten Jahre geplanten und die außerdem in Aussicht genommenen materiellen Maßnahmen samt und sonders notwendig sind und auch große finanzielle Ausgaben rechtfertigen. Stets aber müssen wir bedenken, daß die Fragen der Führung und Ausbildung wesentlich wichtiger und ausschlaggebender sind als Bewaffung und Ausrüstung, Befestigungen und Verkehrsmittel, weshalb ihnen der Vorrang gebührt. Das muß heute ganz besonders betont werden, weil

man vielerorts bei den politischen Parteien die Auffassung findet, es sei der Wehrhaftigkeit Genüge getan, wenn man bei jedem außenpolitischen Erdrutsch wieder ein paar Duzend oder Hundert Millionen neuer Kredite bewillige. Ausdruck dieser materialistischen Wehrfreudigkeit sind u. a. die im Nationalrat eingebrachte Motion Duttweiler und die aus den gleichen Kreisen stammende angekündigte Initiative zur Beschaffung von tausend Flugzeugen. In beiden steckt als gesunder Kern die Notwendigkeit einer weiteren Verstärkung unserer Fliegertruppe und aktiven Fliegerabwehr auch über das im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehene Maß hinaus. Aber auch eine weitgehend verstärkte Fliegerwaffe muß in einem bestimmten Verhältnis zu den Erdwaffen stehen. Es kann nicht Sache einer Volksinitiative sein, dieses Verhältnis zu bestimmen, durch einseitige, übersekte Forderungen für die Luftwaffe allein. Der Weg der Initiative ist ohnehin wenig geeignet für die Verfechtung militärischer Forderungen und daher auch nicht gebräuchlich. Sollte dieses Vorgehen Schule machen, so hätten wir morgen eine Tausend-Tank-Initiative. Aber auch die Finanzierung durch ein Wehr op f e r von mindestens einem Prozent des Vermögens, also durch eine Vermögensabgabe, ist abzulehnen (? Schriftleitung). Auch der militärische Zweck ist nicht in der Lage, eine Vermögensabgabe zu heiligen und diesen marxistischen Gedanken schmachhafter zu machen. Ein Wehrpfeiler wäre ein Angriff auf die Substanz selbst und würde damit eine Finanzierungsart zweifelhafter Art eröffnen, die bald für alle möglichen Zwecke mißbraucht werden könnte. (? Schriftleitung.) Trotz des guten Zweckes muß es auch hier heißen: *principiis obsta!*

Auf dem Gebiet der *Ausbildung* hat man dieses Jahr mit den durch einen Einführungskurs auf eine Dauer von drei Wochen verlängerten Wiederholungskursen bei der Infanterie und vereinzelt Spezialwaffen so gute Erfahrungen gemacht, daß man vom nächsten Jahr an für alle Truppen den dreiwöchigen Wiederholungskurs einführt. Das erlaubt eine starke Intensivierung der Ausbildung in den Kriegsformationen, von der sämtliche wiederholungskurspflichtigen Jahrgänge betroffen werden und die sich daher sofort vorteilhaft auswirken muß. Dasselbe ist zu sagen von den neu beschlossenen Kursen für die Grenztruppen und die Territorialtruppen, die, im Vergleich zu der bisherigen Verpflichtung, eine starke Ausdehnung der tatsächlichen Dienstpflicht in Friedenszeiten bedeuten. Während bisher der Wehrmann mit 33 oder 34 Jahren in der Landwehr seinen letzten Wiederholungskurs leistete und nachher nur noch zu den jährlichen Inspektionen aufgeboten wurde, wird er künftig auch noch im Landsturmalter bis zur Entlassung aus der Wehrpflicht zu Ausbildungsdiensten herangezogen werden. Die Verwendbarkeit der älteren Jahrgänge der Grenztruppen und der Territorialtruppen wird durch diese neuen Kurse gesteigert, in Anpassung an die neuen wichtigeren Aufgaben.

Aber auch die *Ausbildung der Rekruten und jungen Rader* soll wiederum verlängert werden. Unter dem Eindruck der außenpolitischen Ereignisse ist die Ansicht, daß die Neuordnung der Ausbildung von 1935 noch nicht befriedigen kann, Allgemeingut geworden. Über das Ausmaß einer neuen Verlängerung gehen jedoch die Meinungen auch der Fachleute weit auseinander. Die eine Gruppe befürwortet heute eine Verlängerung der Rekrutenschule auf 4 Monate und zugleich eine Verlängerung der 1935 so stark reduzierten Raderschulen. Die andere Gruppe erachtet auch 4 Monate als ungenügend und will gleich auf 8 bis 12 Monate gehen, wobei heute die Forderung nach 8 Monaten im Vordergrund steht. Jedenfalls bedarf diese Frage noch gründlicher Abklärung, wobei als Richtschnur einzig die Frage des Kriegsgenügens der Ausbildung gelten sollte. Im Vordergrund steht dabei weniger die Ausbildung der Mannschaften als die Ausbildung der Rader, insbesondere der Gruppen- und Zugführer. Schwierigkeiten, mit denen sich jede Lösung auseinandersetzen muß, bereitet dabei die *Beschaffung eines genügenden Raderwachses* im Rahmen des Milizsystems, ohne die Schaffung von Berufskadern. Schließlich darf man eine

Lösung erwarten, die für längere Zeit genügt und die nicht schon nach weiteren drei Jahren und weiteren außenpolitischen Krisen neuerdings revidiert werden muß, wie das jetzt mit der Kompromißlösung von 1935 der Fall ist. Zur Vorbereitung der einen oder andern Lösung sollten gewisse dringende Maßnahmen jetzt schon getroffen werden. Dazu gehört vor allem eine Vermehrung des Instruktionkorps, das unter den heutigen Verhältnissen in den Graden des Hauptmanns und Majors übermäßig beansprucht wird. Gleichzeitig hätte eine soziale Besserstellung der Instruktionsoffiziere zu erfolgen, verbunden mit einer zielbewußteren Weiterbildung. Ferner kann schon vor einer Verlängerung der Rekruten- und Kadernschulen ihr Wirkungsgrad erhöht werden durch geeignete Krediterhöhungen, z. B. für zweckmäßige bauliche Maßnahmen wie die Errichtung von Turnhallen auf allen Waffenplätzen.

Auf dem Gebiete der Führung spitzt sich die Frage der *Armeeführung* im *Frieden* immer mehr zu. Die Forderung nach der Schaffung einer sachlich-militärischen Armeeführung, schon für die Friedenszeit, wie sie von maßgebender Seite verfochten worden ist, stößt heute auf den entschiedensten Widerstand des zuständigen Departements. Wie im Parlament erklärt wurde, lehnt der Bundesrat die Unterstellung der Armee unter einen einzigen militärischen Chef einstimmig ab. Eine Frage, die wohl für das Kriegsgenügen unserer Miliz entscheidend ist, darf aber nicht leiden wegen falscher Rücksicht auf eine Persönlichkeit.

Eine Vorlage über die Neuordnung der Hilfsdienste, die der Bundesrat den eidgenössischen Räten vorlegt, wird uns eine Ausdehnung der Wehrpflicht bis zum 60. Altersjahr bringen und eine Organisation der Hilfsdienste, die die beruflichen Fähigkeiten der Hilfsdienstpflichtigen weitgehend in Übereinstimmung bringt mit ihrer Kriegsverwendung. Auch *Frauen* sollen bei den *Hilfsdiensten* eingeteilt werden; bereits nimmt der Automobilklub der Schweiz Anmeldungen von Automobilistinnen entgegen, die sich der Armee als Führerinnen von Motowagen zur Verfügung stellen würden. Die Hilfsdienstvorlage scheint so weitgehend dem Gedanken der bewaffneten Nation, des Volkes in Waffen, zu entsprechen und jeden tauglichen Einwohner in die Wehrorganisation einzugliedern.

Gottfried Zeugin.

Bücher Rundschau

Neue Schweizer Romane.

Maria Dutli-Rutishauser: Das Haus der Ahnen. Verlag D. Walter A.-G., Olten und Konstanz.

In diesem Roman aus der Zeit der Kreuzzüge geht es nicht um die bunte Fülle und erregende Spannung historischer Stoffe. Die Schriftstellerin, die sich auf diesem Gebiete schon mehrfach bewährt hat, sucht vielmehr schwierige Fragen des Menschenlebens zu lösen. Eine tiefe, fest wurzelnde Religiosität formt in ihr einen Gemeinschaftsinn, dessen Forderungen sie an dem Thema Schuld und Sühne entwickelt. Durch Rede, Tat und Haltung gewinnen ihre Gestalten Umriß und Fülle. Die Atmosphäre von Schuldhaftigkeit, die über dem düstern Wasserjoch am Bodensee lastet, verdichtet sich tragisch im Geschick der greisen Katharina von Hagenwyl, die, von der Macht des Bösen umstrickt, dem Fluche ihrer Opfer anheimfällt und Glied um Glied der Familie in den Abgrund reißt. Das furchtbarste ihrer Vergehen, die Hinrichtung des eigenen, schuldlosen Sohnes, verfolgt am quälendsten die alte Frau, bis der Sühnetod ihres zweiten Sohnes in den Kreuzzügen ihr ein erlösend sanftes Sterben schenkt. Der Wert dieses künstlerisch wie ethisch bedeutsamen Buches fließt aus dem vollen, warmen Frauentum der Dichterin, die liebend, mildernd, verjöhnend die Menschen formt und dem heimtlich innig erlebten Kreislauf der Natur verschwivert.